

# Korrespondent

## für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießler

51. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 8. November 1913

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Verammlungs-, Bergnügungsinserte usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verhäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 130

### Aus dem Inhalte dieser Nummer:

**Artikel:** Auf halbem Wege? — Desanuerung durch das Tarifamt. — Minimum und Maximum. — Die Tarife und Bedingungen der „Volksfürsorge“, III.  
**Korrespondenzen:** Augsburg. — Berlin (M.-G.). — Chemnitz (M.-N.). — Darmstadt.  
**Rundschau:** Meisterprüfung. — Betriebsunfälle. — Heilung von Blindheit durch Elektrizität. — 2. Mundschmerz in Soltau. — Delphin und Bleibsch. — Rudereibrand. — Konfuzius. — Zeitungsverleger und Papierfabrikanten. — Akademische Unterrichtskurze für Arbeiter. — Gemeinlichliche Erfolge. — Konsumvereine, Frauen und Mittelstand. — Lebensmittelkrisis und christliche Gewerkschaften. — Terrorismus der Ärzte. — Staatliche Arbeiterversicherung in Australien.

## Bekanntmachung

Die achte (ordentliche) Generalversammlung des Verbandes hat die Anstellung eines **Stellvertreters für den Kassierer** beschlossen, dessen Wahl dem Vorstandsvorsitz und der Gauvorsteherkonferenz übertragen worden ist.

Diese Stellung gelangt hiermit zur Ausschreibung. Geeignete Bewerber wollen ihre Meldung unter Beifügung eines kurzgefaßten Lebenslaufes und ihrer bisherigen organisatorischen Tätigkeit

**bis zum 20. November 1913**

bei dem unterzeichneten Vorstand einreichen.

Berlin, 3. November 1913.

**Der Vorstandsvorsitz**

E. Döblin, I. Vorsitzender.

### □ □ □ □ Auf halbem Wege? □ □ □ □

In der „Zeitschrift“ vom 4. November finden wir an erster Stelle und in durchgehender Breite eine offizielle Erklärung der Leitung des Deutschen Buchdruckervereins. Daraus kann zunächst geschlossen werden, daß eine Sitzung des Hauptvorstandes der Prinzipalsorganisation in Leipzig stattgefunden hat, die sich jedenfalls nicht zuletzt mit den erbautlichen Vorgängen der letzten Zeit beschäftigte, wie sie durch die von dem Gutenbergbunde betriebene Verleumdungskampagne und die prompt wie immer nachgefolgten Scharmachereizesse des Arbeitgeberverbandes sich in der Öffentlichkeit abgepielt haben.

Daß die Leitung des Buchdruckervereins einen maßlosen Ausfall des Organs der geborenen Störenfriede, wie sie sich in dem Arbeitgeberverband ein Stellbischein gegeben haben, gegen den Geheimrat Bürgenstein in dieser Form zurückweist und öffentlich die gegen den Angegriffenen erhobenen Beschuldigungen als völlig haltlos erklärt, konnte erwartet werden.

Dadurch, daß die berufenen Vertreter der Prinzipalsorganisation sich vor Geheimrat Bürgenstein stellen und damit die Legende von der „Bürgensteinischen Tarifpolitik“ zerstören, die dem Gewerbe zum Unsegen gereichen, den Verband groß und allmächtig, den armen Gutenbergbund aber zur Bedeutungs- und Rechlosigkeit verurteilt haben soll, werden wohl auch die verschiedentlich in Prinzipalskreisen infolge dieser Preßtreibereien entstandenen

Zwangsvorstellungen verschwinden. Die in Leipzig verammelt gewesenen Vorstandsmitglieder und Kreisvorsitzenden des Deutschen Buchdruckervereins sprechen ja klipp und klar aus, daß alles, was dem Führer der Tarifgemeinschaft als Verfündigung an den Prinzipals- und Begünstigung der Gehilfeninteressen nachgefragt resp. als Förderung des „sozialdemokratischen Verbandes“, ja der Sozialdemokratie selbst, ausgegeben wird, immer in ihrem Einverständnis auf Grund der von ihnen mit erkannten Notwendigkeiten geschehen ist. Sie sagen das folgendermaßen:

### Erklärung.

Der Hauptvorstand des Deutschen Buchdruckervereins erklärt laut einstimmigem Beschlusse seiner heutigen Sitzung auf die in Nr. 19 des „Arbeitshefters im Buchdruckgewerbe“ vom 23. September 1913 enthaltenen Angriffe gegen Herrn Geheimen Kommerzienrat Bürgenstein in Berlin nach eingehender Prüfung des Sachverhalts folgendes:

1. Die erhobenen Beschuldigungen beruhen auf einer Broschüre des Gutenbergbundes, in der Aufzählungen Bürgensteins, die in einem Tarifauschussprotokoll enthalten sind, aus dem Zusammenhang herausgerissen und hierdurch wie durch ihre Gruppierung im Sinne der Broschüre vollständig entstellt worden sind.
2. Infolgedessen fallen alle daraus gezogenen Schlussfolgerungen in sich zusammen. Herr Geheimrat Bürgenstein hat im vollen Einverständnis mit den übrigen Beauftragten der deutschen Buchdruckerprinzipale gehandelt; er hat weder etwas ausgeführt, noch an Beschlüssen mitgewirkt, wozu kein Mandat der Auftraggeber vorgelegen und worin er sich mit den übrigen Beauftragten nicht im Einvernehmen befunden hätte.

Der Hauptvorstand des Deutschen Buchdruckervereins weist daher auf Grund seiner vollen Kenntnis der Sachlage die unbegründeten Angriffe in dem fraglichen Artikel in ihrem ganzen Umfang aufs schärfste zurück und bedauert lebhaft, daß die hingebende Tätigkeit eines um das Buchdruckgewerbe so hochverdienten Mannes dergestalt entstellt und verunglimpft werden konnte.

Leipzig, 28. Oktober 1913.

**Der Hauptvorstand des Deutschen Buchdruckervereins.**  
Dr. Viktor Alinkhardt (Leipzig), I. Vorsitzender.

Ernst Haberland (Leipzig), II. Vorsitzender. Edgar Serfurth (Leipzig), Rechnungsführer. Wilhelm Bär (Leipzig). Otto Adler (Hannover), Kommerzienrat H. Reven DuMont (Köln). Dr. jur. Max Heumann (Köln). Eugen Mahlau (Frankfurt a. M.). Eugen Rieger (Stuttgart). H. Souper (Meh). J. B. Grahl (München). Direktor H. Nielsche (München). H. Heitschmidt (Halle a. S.). Bernhard Thalacher (Leipzig). Otto Säuberlich (Leipzig). Direktor F. Balz (Berlin). Max Neusch (Breslau). Albert Broschek (Hamburg). Franz Meyer (Stettin). Georg Wagner (Posen).

Es kann sich für uns jetzt nicht um Untersuchungen und Feststellungen handeln, ob dem Gehilfenstandpunkt mit der solchermaßen öffentlich sanktionierten sogenannten Bürgensteinischen Tarifpolitik in jedem Falle gebient ist. Es ist in den letzten Jahren und auch in jüngster Zeit noch ja oft genug zum Ausdruck gebracht worden, was die für eine beiden Teilen gedeidliche Förderung der gewerblichen Interessen sich stets gern befähigende Gehilfenchaft, d. h. der Verband, daran auszuleben hat. Der Schwerpunkt der vorstehenden Erklärung liegt vielmehr in den von uns vorausgehend berührten Momenten, was die Abschüttelung des Arbeitgeberverbandes bzw. seines Organs erst richtig verstehen läßt. Und da ist es nicht ohne Bedeutung, wer durch Namensunterzeichnung sein Einverständnis mit der Abwehr gegen die gekennzeichneten Machinationen bekundet und Solidarität mit dem in so verwerflicher Weise Angegriffenen bezeugt. Die Vertrauensklärung des Hauptvorstandes der Prinzipalsorganisation für Geheimrat Bürgenstein ist daher ein Akt, der nicht lediglich

chronistische Vermerkung beanspruchen kann. Wie wir diese Angriffe beurteilen und was unsere Meinung über den Angegriffenen ist, haben wir in einem Artikel (Nr. 104) ausgeführt, in dem die hinterhältige Kampfweise des Gutenbergbundes mit seiner Broschüre gegen das Tarifamt gebrandmarkt wurde. Wir brauchen uns also nicht zu wiederholen.

Unter Punkt 1 der Erklärung wird dem Gutenbergbund auch becheinigt, was wir ihm mit deutlicheren Worten schon in dem vorstehend angezogenen Artikel gesagt haben. Im „Typ.“ war darauf zu lesen, daß die Behauptungen in der Broschüre des Gutenbergbundes „hieb- und schiefel“ seien; auch die Antwort der „Zeitschrift“ lasse erkennen, daß „das Beweismaterial unrer Broschüre nicht widerlegt werden kann“. Die Bürgensteinischen Auslassungen in der Tarifausschuss-Sitzung 1907 in der sogenannten Gutenbergbundfrage bilden den Kern der gedachten Broschüre. Wenn nun der Gesamtvorsitz der Prinzipalsorganisation erklärt, daß diese Ausführungen aus dem Zusammenhange gerissen und durch ihre raffinierte Gruppierung im Sinne der Broschüre vollständig entstellt worden sind, so ist das ein sehr kompetentes Urteil über die nicht bloß in diesem Fall angewandten bündlerischen Fälscherkniffe. Die im Gutenbergbund in Reinkultur gepflegte christliche Weltanschauung erfährt somit gerade an den Handlungen der dort „leitenden“ Personen eine alles andre dem ehrenvolle Charakterisierung. Das Unwahrscheinliche, Skrupellose dieser Kampfweise wird nach solcher Signalisierung nun wohl auch von den Gerechtigkeitsfanatikern erkannt werden.

Dennoch muß es Verwunderung erregen, daß die Erklärung der Prinzipalsleitung nach Feststellung dieser christlich-bündlerischen Praktiken sich nur gegen den Arbeitgeberverband, gegen „die unbegründeten Angriffe in dem fraglichen Artikel“ (des „Arbeitshefters“) wendet. Hat der Gutenbergbund nicht erst die Ursache dazu gegeben? Ist die auf unlaunterem Wege dem Gutenbergbund ermöglichte und dann ganz gewissenlos vorgenommene Ausschächtung eines Protokolls nicht das Signal geworden zu diesem Verleumdungsfeldzuge? Hat der Bundesredakteur Treffer in vielen Versammlungen, der Gutenbergbund mit seinen Wabzettelchen an die Presse nicht getan, als ob man es quasi mit Kruppischen „Kornwalsen“ zu tun hätte? Wurde nicht in einem Redaktionsartikel der „Zeitschrift“ es als ein „ernstes Symptom für gewerkschaftliche Atrovanz“ bezeichnet, wenn man sehe, „wie der „Typ.“ mit prominenten Persönlichkeiten auf Prinzipalsseite in einer Ausdrucksweise umspringt, als sähen ungekreute Kassenfunktionäre des Bundes auf der Anklagebank“? Sollen die nämlichen prominenten Persönlichkeiten nur gegen die Anpöbelungen des Arbeitgeberverbandes geschüßt, den Anflegeleien des Gutenbergbundes aber preisgegeben werden? Die „Zeitschrift“ hat ja einige ganz hübsche Töne gegen diese urchristlichen Gemüt entpringenden Schabigkeiten gefunden; da es aber notorisch ist, daß das Prinzipalsorgan in Sachen des Gutenbergbundes vor seiner eignen Courage erschreckt, so werden solche vernünftige Urteile von dem erkennenden Richter ja selbst entwerfet. Für das dem Gutenbergbunde nach Gebühr und Verdienst zu Sagende muß es also einen andern Resonanzboden geben.

In Meh hat man über den „Korr.“ ein derbes Scherbengericht abgehalten; seine Schreibweise sei



nicht an solchen schwächlichen Mitgliedern gelegen, denn sie leeren nur die Kassen des Verbandes.

Das es Gehilfen gibt, deren Können nur sehr mangelhaft ist, das wird auch von Verbandseite nicht bestritten. Wer ist denn aber befreit, gerade diese Elemente auszumergen und ihr technisches Können zu leben? Etwa die Prinzipalität? Die Gehilfen sind es, die sich aufopfern und ihre freie Zeit darauf verwenden, ihren schwächeren Kollegen hilfreich beizustehen und das allgemeine wie das fachtechnische Wissen zu pflegen und zu vertiefen. Meinen Sie, verehrter Herr Dne., die typographischen Vereinigungen wären Kegel- oder Skatklubs, in denen man allmonatlich ein Wurstessen veranstaltet? Dann lassen Sie sich sagen, daß unsere und auch erfolgreiche Arbeit in untern fachlichen Bildungsvereinen geleistet wird. Diese Arbeit geschieht auf Kosten der Kraft der Gehilfenkraft zum Nutzen des Gesamtgewerbes, mithin also nicht zuletzt zum Nutzen der Prinzipalität.

Im Anschluß an diese Feststellung darf die Frage nicht unbeantwortet bleiben: Woher kommt das mangelhafte Gehilfenmaterial? Antwort: Aus einer mangelhaften Lehre! Solange die jungen Leute lernen, hat man oft nur billige Hausmechte und Laufburken an ihnen; man kümmert sich nicht darum, ob sie auch den späteren Anforderungen ihres Berufs gewachsen sind. Wenn sie tagsüber ihre Insaute oder ihren glatten Text „pinuen“ und die sonstigen „Nebenarbeiten“ verrichten und am Abend die Botengänge besorgen, dann ist man vollzufrieden mit ihnen. Das es wieder Druckereien gibt, die sich eine gewissenhafte Ausbildung ihrer Lehrlinge angelegen sein lassen, soll nicht bestritten werden.

Mangelhaftes Gehilfenmaterial ist die Folge einer mangelhaften Ausbildung. Diesen Satz kann auch Herr Dne. nicht enträften. „Jeder Bauer weiß“, um mit seinen Worten zu sprechen, „daß er auf einem Acker helmen Weizen ernten kann, auf dem er Unkraut gesät hat“. Viele Prinzipale aber wollen da ernten, wo sie überhaupt nicht gesät haben.

Mit dieser Feststellung dürften wohl alle sonstigen Argumente des gedachten Artikels widerlegt sein. Wenn Herr Dne. meint, mit der Gebärde des Sozialphilosophen der Gehilfenkraft für alle möglichen und unmöglichen Sachen die Verantwortung zuschieben zu können, so sei ihm freundlichst anheimgegeben, über diese Seilen etwas nachzudenken. X.

Im krassen Gegenlatz zu der vornehmen Aufmachung der „Zeitschrift“ steht seit längerer Zeit der wenig vornehme Ton, der in den Artikeln zur Geltung kommt, die sich gegen die Gehilfenkraft richten. Redaktion sowie ständige und gelegentliche Mitarbeiter überbieten sich gegenwärtig in der Produktion von Liebenswürdigkeiten, so daß ein Ende gar nicht abzusehen ist.

Nachdem man den Maschinensehern die verschiedenen Arten von Spiegeln vorgehalten hat, die durch ihre Eigenschaft alles verzerrt wiedergeben, geht man in letzter Zeit dazu über, der Allgemeinheit der Gehilfen alle möglichen und unmöglichen, natürlich schlechten Eigenschaften und Ungewohnheiten anzudichten. Bei weniger dichterischer Begabung wäre schließlich ja zu befürchten, daß die „Zeitschrift“ für eine besondere Gruppe der Prinzipalität allen Reiz verliere.

Den aufmerksamsten Leser der „Zeitschrift“ wird ein Gefühl des Mitleids überkommen, wenn er bemerkt, welche wenig urteilsfähigen Köpfe sich nicht selten berufen fühlen, der gelamten Prinzipalität gute Ratschläge für ihr Verhalten den Personalten gegenüber zu erteilen. Ich möchte mir einen solchen Ratgeber ganz energig vom Leibe zu halten. Unfern Prinzipalen darf man wohl zugute halten, daß ihre übergroße Rücksichtnahme derartigen Artikel-schreibern gegenüber darauf zurückzuführen ist, daß sie unangenehmen Auseinandersetzungen mit solchen Standesgenossen aus dem Wege gehen wollen. Wenn sie dabei annehmen, daß diese Artikel bald wieder von selbst verstummen werden, so sind sie diesmal doch von einem Irrtum befangen, der das Ansehen der Prinzipalität leicht in Mißkredit bringen kann.

Dem Artikel „Stamm- und Ausschilfspersonal“ folgte als Ergänzung in Nr. 85 der „Zeitschrift“ eine „Minimum und Maximum“ betitelte Kapuzinade desselben Verfassers. Dne. wundert sich über Klagen der Gehilfen, daß das Minimum immer mehr zum Maximum werde, und bestreitet den Gehilfen das Recht hierzu, da ja von beiden Tarifkontrahenten das Minimum geschlossen sei, um auch den Minderbefähigten „lozulagen“ über Wasser zu halten. „Sozulagen“ ist gut! Dne. muß also zugeben, daß das Minimum doch nicht ganz ausreicht, einen erwachsenen Menschen so über Wasser zu halten, wie es einer richtigen Lebenshaltung entspricht.

Natürlich müssen die Minderbefähigten wieder tüchtig gehalten, von denen ja kein andres Gewerbe soviel aufzuwenden hat wie gerade das unfrige. Die Dümmsten sind es ja, die immer zum Buchdruckerberufe drängen! Für einen Kenner der Verhältnisse ist es nichts Neues, daß gerade Firmen, die nach den Mancen des Herrn Dne. geleitet werden, meist „Hervorragendes“ in puncto Lehrlingsausbildung leisten. Zu verwundern ist dies auch weiter gar nicht, dieweil man lieber mit Ausschilfspersonal arbeitet statt mit Stammanschafften, weil letztere ja ihre Kenntnisse der Geschäftsverhältnisse nicht dazu ausnutzen, dem Geschäft zum Vortheil zu arbeiten, sondern — um sich um die Arbeit herumzudrücken. Ueberhaupt kann man bei den „Alten“ meist ein auffälliges Betragen beobachten . . .

Es ist eigentlich das, was wir mit „Nech“ bezeichnen, wenn sich in einzelnen Firmen alle unfähigen Kräfte zusammenfinden, um dem Prinzipale das Leben schwer zu machen, ihm sein erworbenes Geld abzunehmen. Man darf aber keineswegs annehmen, daß diesem Prinzipal alles soziale Verständnis abgeht. Er würde doch sonst die seinen Ansprüchen nicht genügenden Gehilfen einfach entlassen. Weit gefehlt! Ob er befristet, keine besseren zu finden? Verschämt gesteht er schließlich den Grund seiner nach jeder Richtung menschenfreundlichen Handlungsweise ein: Der von ihm entlassene leistungsunfähige Gehilfe müßte doch notgedrungen einem andern Prinzipale zur Last fallen! „Das Geld, das er nicht verdient und doch erhalten muß, geht eben einfach dem ganzen Gewerbe und deshalb auch den befähigten Gehilfen verloren.“ Da ist es logischerweise dann ja gleichgültig, wer dem Gehilfen den nichtverdienten Lohn zahlt; und so tut man es am besten selbst und geht dabei wenigstens sicher, daß derselbe sein Minimum auch wirklich bekommt. Andre Prinzipale wären vielleicht so gewissenlos, es dem rechtlichen — oder widerrechtlichen? — Empfänger vorzutunhalten . . .

Endlich geht also auch den tüchtigen Gehilfen ein Licht darüber auf, in welch unwürdige Skandale das Geld fließt, das sie zwar verdienen, aber niemals voll ausgezahlt bekommen: Die eignen Kollegen, Verbandskollegen natürlich, sind es, die so gewerbeschädigend wirken!

Größere Ungerechtigkeiten kann also überhaupt kein Tarif entfallen als gerade der unfrige. Zwingt er doch den Prinzipal dazu, den „älteren Gehilfen selbst bei sehr „mäßigen“ Fähigkeiten — wie rücksichtsvoll ausgedrückt — den höchsten Lohn“ zu zahlen. Auf der andern Seite ist, auch wieder nach Dne., aber gar keine Möglichkeit vorhanden, den jüngeren, „oft sehr befähigten Gehilfen“ seinen Leistungen entsprechend zu entlohnen. Ein Rücksicht in dem dauernden Rückgange der Leistungen ist es daher, daß wenigstens unter den jüngeren Kollegen Sterne aufzutauchen, die untern in künstlerischer und technischer Beziehung so arg darniederliegenden Gewerbe wieder einigermaßen auf die Beine zu helfen versprechen.

Ein zum Himmel schreiender Mangel unfrer Tarifs ist es weiter, daß selbst jemand, der „zwischen“ den einzelnen Paragraphen desselben so gut Bescheid weiß, wie Herr Dne., keine tarifliche Begründung dafür finden kann, diesen angenehmen Mitarbeitern auch materiell unter die Arme zu greifen. Die moralische Unterstützung allein tut es doch nicht. Die Gehilfen dürfen sich ja nicht einmal zu Abertunden anbieten, siehe „Zeitschrift“ Nr. 76.

Wer hätte jemals gedacht, daß uns die Tarifgemeinschaft solchen Schaden zufügen könnte? Uns? Ach, Sie dachten wohl . . . Da sind Sie auf dem Holzwege! Das tarifliche Minimum ist nur darum so hoch geschraubt, damit die Gesellen den hohen wöchentlichen Verbandsbeitrag zahlen können!

„Geh! wissen wir es.“ Und ich dachte immer . . . Aber in der „Zeitschrift“ steht's ja, und dort weiß man es doch besser! Neukölln. Dbd.

## Die Tarife und Bedingungen der „Volksfürsorge“

### III. Tarif I.

In Tarif I bietet uns die „Volksfürsorge“ einen branchbaren Erlaß für die sogenannte reine Todesfallversicherung der kapitalistischen Gesellschaften. Die Eigenart der „reinen“ Todesfallversicherung besteht darin, daß das versicherte Kapital im Falle des Todes des Versicherten sonst nur bei Erleben eines sehr unwahrscheinlich hohen Endalters des Versicherten, meist des 85. Lebensjahres, fällig wird. Diese Versicherungsform ist — wie leicht einzusehen — die risikanteste Form der Lebensversicherung. Die Prämie muß sich mit Rücksicht auf das fast völlige Fortfallen der Auszahlung bei Lebzeiten, im Verhältnisse zu dem versicherten Kapitale sehr niedrig stellen, die Gesellschaft trägt also ein sehr erhebliches Risiko für den Fall, daß durch frühzeitigen Tod die Auszahlung nach kurzer Dauer der Versicherung erfolgt. Ist außerdem auch die Prämienzahlungstrift sehr lang bemessen, so steht für den Fall des frühzeitigen Todes der Fortfall sehr vieler Prämien unter Risiko. Eine solche Versicherungsform erscheint den kapitalistischen Gesellschaften gerade recht. Man kann da sehr hohe Prämien rechtfertigen, eben unter Berufung auf die risikante Natur dieses Versicherungsvertrags und kann dann später mit der Rückgewähr anscheinend hoher, in Wirklichkeit natürlich immer noch unzureichender Gewinnanteile an die Versicherten renommieren. Die „Volksfürsorge“ kennt ein solches Interesse nicht. Sie hat infolgedessen darauf verzichtet, einen so risikanten Tarif von vornherein aufzunehmen. Sie hat vielmehr einen Tarif, bei welchem das Kapital schon bei Erleben des 65. Lebensjahres fällig wird, so ausgestaltet, daß er als Erlaß für die reine Todesfallversicherung der kapitalistischen Gesellschaften dienen kann. Stirbt nämlich der Versicherte erst nach vollendetem 65. Lebensjahre, so verwaltet die „Volksfürsorge“ das Kapital weiter und zahlt dem Berechtigten nach dem Tode des Versicherten das Kapital, vermehrt um 3 1/2 Proz. Zinsen und Zinseszinsen, heraus, ebenso dem Versicherten selbst, wenn dieser das Ende des 85. Lebensjahres erlebt. Dies muß natürlich bei Vergleichen unfrer Tarifs I mit den „reinen“ Todesfallversicherungen der Konkurrenz berücksichtigt werden, sollen nicht die Vergleichen zu untern Ungunsten gefälscht erscheinen. Ebenso muß, wie bei allen untern Versicherungen, zugunsten der

„Volksfürsorge“ natürlich berücksichtigt werden, daß die halbmortale Prämienzahlung der „Volksfürsorge“ jährlich nicht die Hälfte einer gleich hohen Wochenprämie, sondern nur 1/22 einer solchen bringt. Wer die Akquisitionsmethoden der Erwerbsgesellschaften kennt, weiß, daß ihre Akquisiteure mit Freuden diese Taktiken unberücksichtigt lassen werden. Um so mehr haben die freiwilligen Propagandisten der „Volksfürsorge“ darauf zu achten, daß in den beiden hier besprochenen Punkten stets die Aufklärung auf dem Fuße folgt, wenn der Akquisiteur der „Viktoria“ oder der „Friedrich Wilhelm“ im Frühen zu fischen versucht hat.

Betrachten wir zunächst einmal ein Beispiel: Eine dreißigjährige Person zahlt nach Tarif I 30 Jahre lang eine Prämie von halbmortale 1 Mk. Sie ist hierdurch von Beginne des zweiten Jahrs ab auf den Todesfall mit dem Betrage von 610 Mk. versichert, während im Todesfall im ersten Jahre der Versicherung nur die eingezahlten Prämien zurückgewährt werden. Erlebt der Versicherte das Ende des 65. Lebensjahres, so wächst das versicherte Kapital von nun an jährlich um die Zinsen, berechnet mit 3 1/2 Proz., an. Es wird also fällig werden, wenn der Versicherte stirbt, am

Ende des 66. Lebensjahres eine Ver.-Summe von Mk. 631*	
„ „ 67. „ „ „ „ „ „ 653	
„ „ 68. „ „ „ „ „ „ 676	
„ „ 69. „ „ „ „ „ „ 699	
„ „ 70. „ „ „ „ „ „ 724	
„ „ 75. „ „ „ „ „ „ 860	
„ „ 80. „ „ „ „ „ „ 1021	

Erlebt der Versicherte das Ende des 85. Lebensjahres, so erhält er ein Kapital von 1213 Mk. ausgezahlt.

Würde bei der „Viktoria“, der größten kapitalistischen Lebensversicherungsgesellschaft, gegen den entsprechenden wöchentlichen Prämienbetrag von etwa 0,46 Mk. eine reine Todesfallversicherung mit 30jähriger Prämienzahlung abgeschlossen, so würde das hierdurch versicherte Kapital nur 566 Mk. betragen, ohne weiter zu steigen, wenn der Versicherte das 65. Lebensjahr überlebt. Das volle versicherte Kapital wird hier zudem erst fällig, wenn der Versicherte nach Beendigung des zweiten Versicherungsjahrs stirbt. Stirbt er während des ersten Jahrs, so werden nur die eingezahlten Prämien zurückgewährt, stirbt er während des zweiten Versicherungsjahrs, so wird nur die Hälfte des versicherten Kapitals fällig.

Bei annähernd gleicher Prämie zahlt also, wenn der Tod durch Unfall im ersten Versicherungsjahr eintritt:

die „Viktoria“ 566 Mk.,	die „Volksfürsorge“ 610 Mk.;	
wenn der Tod durch Krankheit im ersten Versicherungsjahr eintritt,	die „Viktoria“ wie die „Volksfürsorge“ nur die eingezahlten Prämien;	
wenn der Tod durch Krankheit im zweiten Jahre eintritt,	die „Viktoria“ 283 Mk.,	die „Volksfürsorge“ 610 Mk.;
wenn der Versicherte etwa bei beendigtem 70. Lebensjahre stirbt,	die „Viktoria“ 566 Mk.,	die „Volksfürsorge“ 724 Mk.;
wenn der Versicherte das Ende des 85. Lebensjahres erlebt,	die „Viktoria“ 566 Mk.,	die „Volksfürsorge“ 1213 Mk.

Die Frist von ein resp. zwei Jahren bei der „Viktoria“, während deren das Kapital im Todesfalle nicht unter allen Umständen voll ausgezahlt wird, heißt Karenzzeit. Sie soll verhindern, daß bereits todkrankte Leute unter Täuschung der Vertrauensperson der Gesellschaft, die den Antrag ausstellt, in die Versicherung eintreten und so die Gesellschaft, d. h. bei der „Volksfürsorge“ die übrigen Versicherten, schädigen. Die „Volksfürsorge“ muß es sich versagen, die Gewinnaussichten ihrer Versicherten heute schon in die Vergleichung ihrer Leistungen mit denen der kapitalistischen Gesellschaften mit einzubeziehen. Jedemfalls zeigt die vorstehende Gegenüberstellung, daß der eigentliche Zweck der Todesfallversicherung: im Falle des Todes des Versicherten ein erhebliches Kapital sicherzustellen, in einer Reihe von Fällen bei der „Volksfürsorge“ durch Tarif I besser erreicht wird als bei der größten kapitalistischen Lebensversicherungsgesellschaft.

Wer eine Versicherung nimmt, die wesentlich ihrer Natur nach den Zweck hat, die Versorgung der Angehörigen im Falle vorzeitigen Todes einigermassen sicherzustellen, der muß sich darüber klar sein, daß andre Zwecke der Versicherung nicht gleichzeitig in ebenso hohem Maße erreicht werden können, daß also der Sparcharakter der Lebensversicherung zugunsten des Risikocharakters zurückgedrängt erscheint. Der Versicherte darf sich also nicht wundern, wenn er, um bei untern Beispielen zu bleiben, finanziell unglücklich abschneidet, wenn er das sechzigste Lebensjahr überlebt. Es erhascht dann seine Angehörigen bei einem etwas später erfolgenden Tod an Versicherungsleistung 610 Mark, also erheblich weniger als die von ihm eingezahlten 720 Mk. (30 Jahre lang je 24 Mk.). Bedeutend gemindert dürfte auch in diesem Falle das scheinbar ungünstige Resultat durch die angefallenen Gewinnanteile werden. Aber das müssen die Vertrauenspersonen der „Volksfürsorge“ wissen, daß wer auch bei langer Lebenszeit noch eine gute Versorgung seiner eingezahlten Prämien erreichen will, nicht Tarif I mit langer Prämienzahlung wählen darf. Ihm bieten sich die übrigen Tarife, mit denen wir uns in späteren Artikeln beschäftigen wollen, zur Auswahl an.

\* Diese Summe ergibt sich durch Addition von  $610 \times 0,35 = 21,35$  zur ursprünglichen Versicherungssumme, ebenso die weiteren Beträge unter Fortfallung der Prämie.

## □ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

**Mugsburg.** Die Versammlung am 25. Oktober hatte wiederum die fräurige Pflicht, eines im schönsten Alter verstorbenen Kollegen zu gedenken. Nach Erledigung dreier Ausnahmen erstattete Kassierer Schmid den Kassenbericht, der zu Einwürfen keinen Anlaß bot. Einer Anregung auf Abhaltung eines Stenographiekurses wurde nicht stattgegeben. Der Inhaber der Druckerei Maner in Oberhausen ist, obwohl er als gelernter Buchbinder die Meisterprüfung für das Buchdruckgewerbe abgelegt hat, zur Ausbildung von Lehrlingen als gänzlich ungeeignet zu betrachten. Die Versammlung entschloß sich deshalb, Schritte bei der Handwerkskammer zu unternehmen, um dem Betroffenen die Berechtigung zum Anleiten von Lehrlingen zu entziehen. In der Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß die Anprüche, welche an den Buchdruckereibesitzer Maner bei Ablegung der Meisterprüfung gestellt wurden, wesentlich verschieden waren von denen, die den Gesellen gegenüber gestellt wurden. In drastischer Weise kam auch zum Ausdruck, daß die Ausbildung gänzlich untauglicher Gesellen in solchen Betrieben einen interessanten Beitrag zum Kapitel „Rückgang der Leistungen“ bildet, der für die Prinzipale allerdings nicht besonders erbebend wirkt. Der Vorsitzende wies nochmals auf die in nächster Zeit erfolgenden Wahlen zur allgemeinen Ortskrankenkasse hin und ermahnte die Kollegen, hierbei ihre Pflicht zu erfüllen. Zum Schluß wurden noch einige lokale Angelegenheiten erledigt.

**Berlin.** (Brandenburgischer Maschinenerverein.) Am 2. November hielt der Verein seine gutbesuchte Monatsversammlung ab. Unter „Beschiedenen“ teilte der Vorsitzende mit, daß Klimschs Jahrbuch auch in diesem Jahre wieder zum Vorzugspreise von 3 Mk. zu haben sei. Bestellungen nimmt der Vorsitzende entgegen. Als Beisitzer zum Gaurorkande wurde Kollege Braun einstimmig wieder aufgestellt. Beim Punkte „Berechnen an der Sechsmaschine, II“ wurde in der Diskussion des Vortrags aus der Oktoberversammlung fortgefahren, die äußerst anregend und lehrreich war, und den Wunsch zeitigte, recht bald und oft eine ebenso freie und offene Aussprache über unsere Verhältnisse herbeizuführen. Es wurde ferner beschlossen, eine Kommission für das Berechnen zu wählen und diese Wahl in der nächsten Versammlung, die am 30. November stattfindet, vorzunehmen. Die Typographkurse finden am 22. und 29. November statt. Schema: „Der Selbstableger“, Treffpunkt 4<sup>1/2</sup> Uhr Beußelstraße 9, „Moabitler Bürgeräle“. Die Kurse für die Monotypie beginnen am 4. November, zweite Hälfte am 15. November. Treffpunkt 8<sup>1/2</sup> Uhr im Restaurant Rathmann, Wilhelmstraße 119.

**...E. E. Chemnitz.** (Maschinenmeister. — 5. Jahrbuchbericht.) Lange Zeit ist vergangen, seit der letzte Bericht von der Tätigkeit unseres Vereins, welcher in diesem Jahre das Fests des zehnjährigen Bestehens begehen konnte, im „Korr.“ veröffentlicht wurde. In der im Februar abgehaltenen Generalversammlung vollzogen sich die Neuwahlen des Gesamtvorstandes, wobei sämtliche Posten neu besetzt wurden. Mit dem Kassenbericht erklärte man sein Einverständnis, obwohl sehr viele Mitglieder sich an eine pünktliche Ablieferung des so geringen Beitrags nicht gewöhnen können. Der neue Vorstand versprach auch, mit dem Restantennutzen auszuräumen eventuell solche Kollegen aus dem Verein auszuschließen. — Das Stiftungsfest wurde am 1. März in feierlicher Weise unter gütiger Mitwirkung des Gesangvereins „Gutenberg“ begangen. — In der am 5. April abgehaltenen Monatsversammlung war es den Mitgliedern vergönnt, einen Vortrag des Kollegen Müller (Zwickau) über „Drei- und Vierfarbendruck“ zu hören. In eingehender, sachlicher Weise schilderte uns der Redner die praktischen Erfahrungen bei derartigen Drucken. Aus der sich anschließenden regen Diskussion war zu ersehen, wie nützlich dieser Vortrag, welcher als Einführung zu dem beginnenden Dreifarbendruckkursus gedacht, für die Allgemeinheit war. Der Beifall dürfte dem Referenten den Dank aller bewiesen haben. — In der Versammlung am 17. Mai waren anfänglich des Wettbewerbendes des Vereins eingegangene Briefbogen ausgelegt, wozu Kollege Otto Drechsler das Referat übernommen, welches der Typographische Klub Dresden zur Bewertung mitgeschickt hatte. Kollege Fachschullehrer Pilz hielt hieran anschließend noch einen Vortrag über die Chemnitzer Fachschularbeiten. Durch den gediegenen zusammenfassenden Vortrag war es möglich, einen Einblick in das Fachschulwesen zu erlangen. Manchen dürfte während der Teilnahme am Dreifarbenkursus, welcher in der Fachschule abgehalten wurde, auch der Eindruck von den inneren Räumen befruchtigt haben. Auf ein Schreiben der Zentralkommission um Einführung von Beiträgen beschloß man, 45 Mk. als Beitrag zu bewilligen. Eine Resolution fand einstimmige Annahme, welche unsern Delegierten nach Danzig mit auf den Weg gegeben wurde betreffs Unterfertigung der Sparten seitens des Verbandes. — „Einiges über Autosynchrondruck“ bildete den Stoff für die am 5. Juli abgehaltene Versammlung. An der Hand einer reichen Auswahl von guten Druckerarbeiten verfaßt es der Referent, Kollege Zimmermann, seine Erfahrungen zum besten zu geben. Starker Beifall belohnte seine Ausführungen. In dieser Versammlung wurden auch die Verhandlungen der Generalversammlung in Danzig erörtert; unser Gaurorkänder Grohe gab einige Aufschlüsse von dieser Tagung. — Im August fand die „Schwarze Partei“ nach Obernau (Malschungtal) statt, wo wir seitens der Obernauer Kollegen eine freundliche Aufnahme fanden. Auch diese Partei, welche allen in guter Erinnerung bleiben wird, hat zur

Sehung der Kollegialität wesentlich beigetragen. — Eine schöne, von vielen Mitgliedern mit Frauen besuchte Veranstaltung wurde uns am 7. September geboten. Schauspielerei Lehnert mit seinen Regifikationen ernst und heiteren Inhalts sowie der rührige Gesangverein und das Buchdruckerorchester verschönten diesen Abend durch ihre Darbietungen. Dieser Abend galt zugleich dem Abschied unsres Vorstandsmitgliedes Alfred Feld, welcher sein Domizil nach Niederstedt verlegen mußte. Manche Rede wurde gehalten, welche ihm und seiner Familie nur Gutes wünschte. — Die Versammlung vom 20. September bot des Interessanten auf technischem sowie faristischem Gebiete sehr viel. Kollege Pilz gab Aufschluß über die geplante Konferenz am 28. September, wozu selbiger delegiert wurde. — Die letzte Versammlung am 22. Oktober wurde durch ein Referat des Kollegen Pilz über die Konferenz in Berlin ausgefüllt. Den Ausführungen des Referenten, welcher eingehend alles schilderte, wurde mit Beifall gefolgt. Ein weiterer Vortrag über die Buchgewerbeausstellung 1914 wurde uns von Kollegen Rappe gehalten, der alles erläuterte, was aus den umfangreichen Vorarbeiten zu ersehen ist. Beschlüssen wurde einstimmig, eine Exkursion nach Leipzig zu unternehmen. Der Artikel im „Korr.“ von H. Freitag (Dresden) über das vierte Gebot der neuen Anstellungsverordnungen wurde debattiert. Man war mit dem Schreiber voll und ganz einverstanden; gleichzeitig bedauerte man, daß auch in Chemnitz nach dem Vortrage des Herrn Obergeringens Rothe eine Diskussion nicht zugelassen wurde. Im Vortrag ist man stets bemüht, durch technische, faristische sowie andre Referate die Versammlungen auf die Höhe zu bringen, der unsre Bestrebungen würdig sind. Der Versammlungsbesuch betrug durchschnittlich 40 bis 50 Kollegen.

**Darmstadt.** Die am 26. Oktober abgehaltene Bezirksversammlung hatte sich eines guten Besuchs zu erfreuen. Eingangs der Versammlung wurden zwei Kollegen aufgenommen. Unter „Mitteilungen“ wurden einige örtliche Angelegenheiten erledigt. Sodann forderte der Vorsitzende die Mitglieder auf, sich an der außerordentlichen Versammlung am Montag, 10. November, recht zahlreich zu beteiligen. Für Langen und Pfungstadt trafen am 1. Oktober 1913 2<sup>1/2</sup> prozentige Lokalschläge in Kraft. Den Maschinenlehren wurden 10 Mk. für agitatorische Zwecke bewilligt. Sodann erstattete Kollege Moß den Kassenbericht. Hieran schloß sich eine lange, sehr lebhaft geführte, in deren Verlauf der bisherige Kartelldelegierte sein Amt niederlegte.

### Berichtigung.

Lauf Bericht im „Typograph“ vom 26. September ist in der am 9. September in M. Glabbach stattgehabten öffentlichen Buchdruckerversammlung unterzeichnetes Teilpersonal gewissermaßen:

a) durch die Ausführungen des Diskussionsredners Eises, wonach gelegentlich des Brüdres böß Irkularität ist die christlichen Gewerkschaften schon vor deren Herausgabe die sozialdemokratische „Düsseldorfer Volkszeitung“ Bericht über den Inhalt derselben erstattet habe,

des Vertrauensbruchs;

b) durch den Hinweis des Vorsitzenden des Dinges, daß das Manuskript der Versammlungsanzeige auf dem Wege von der Redaktion zur Druckerei angeblich „verloren gegangen“ sein soll,

der Inverschlagung

bezüglich worden. Diese unsre Ehre empfindlich verletzenden Verdächtigungen weisen wir, als in allen Punkten unzutreffend, entschieden zurück.

Namens der Verbandsmitglieder des Personals der Firma „Westdeutsche Landeszeitung“:

Karl Rademachers, Georg Bierwisch, Joseph Reikes.

Anmerkung der Redaktion: Die Aufnahme dieser Berichtigung im „Korr.“ erfolgt nicht wegen ihrer Ablehnung im „Typ.“ allein, die ja bei diesem nach echt „christlichen“ Grundfragen redigierten Blatte selbstverständlich ist, sondern weil die Wiederkräftigkeit derartiger Verdächtigungen eine Zurückweisung auch im „Korr.“ erfordert. Die Binder arbeiten in Orten und Druckereien, wo sie sich fühlen können, mit den verwerflichsten Mitteln. Die schäblichsten Verleumdungen gegen Verbandsmitglieder sind ihnen gut genug — und der „Typ.“ deckt alles. Deshalb diese Veröffentlichung.

## □ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

**Meisterprüfung.** In Bayreuth legte der Schweizerdegen Hans Albin Münch die Meisterprüfung ab.

**Betriebsunfälle.** In Pforzheim geriet ein Druckerlehrling der Buchdruckerei von Donatus Weber während des Ganges der Maschine mit dem linken Arme zwischen Brückenwalze und Druckzylinder. Es wurde ihm dabei der Arm vollständig zerquetscht, so daß dessen Amputation kaum zu vermeiden sein wird. Der Lehrling wollte die Brückenwalze abtaumeln, eine Verrichtung, die äußerst gefährlich, aber leider auch sehr oft notwendig und dadurch bei vielen Arbeiten einen gleichmäßigen Fortgange der Arbeit äußerst hinderlich ist. Kommt dann bei solchen Arbeiten noch hinzu, daß der Arbeiterstermmin zu nahe gerückt ist, dann ist es nur zu leicht möglich, daß die Unfallverhütungsvorschriften vollständig vergessen werden und ein Unglück sehr schnell geschehen ist, besonders, wenn mit solch kritischen Arbeiten Lehrlinge betraut werden. Darum scheint es uns unbedingt notwendig, daß endlich einmal die

äußerst gefährliche Brückenwalze entweder durch eine bessere Auslegung erlegt oder in federnde Lager gelegt wird, die bei stärkerem Drucke von der Zylinderseite oder von unten nach oben eine selbsttätige Verschiebung der Brückenwalze gestatten und so ein Zurückziehen gefährdeter Hände gewährleisten würde. Die vielen und schweren Unglücksfälle, die schon an dieser Stelle der Schnellpresse vorgekommen sind, würden es unbedingt rechtfertigen, daß von der Buchdruckerberufsgenossenschaft auf eine bessere Lösung dieser Frage gedrängt wird. — Ein weiterer bedenklicher Unfall ereignete sich in der Filialdruckerei der Firma Worms & Lütjens (Krefeld) in Koslar bei Jülich. Ein jüngerer Druckerkollege verlor durch Quetschung seinen linken Unterarm. Durch einen noch nicht näher festgestellten Unfall fing eine Leiter, auf die er gestiegen war, um nach einer Punktur an einem oberen Zylinder einer Notationsmaschine zu sehen, an zu rutschen, und der linke Arm des Kollegen geriet zwischen das Druckwerk.

**Heilung von Bleivergiftung durch Elektrizität.** In England erregt gegenwärtig ein neues Verfahren, das sich des elektrischen Stroms und insbesondere der Elektrolyse zur Behandlung der Bleivergiftung bedient, großes Aufsehen. Einer der hervorragenden Sachverständigen auf diesem Gebiete, der Arzt Sir Thomas Oliver, hat sich mit dem neuen Verfahren, das von einem Sachgenossen in Newcastle zufällig entdeckt worden war, eingehend beschäftigt, und zieht in der Wochenchrift „Lancet“ ein sehr erfreuliches Ergebnis aus seinen Erfahrungen. Er selbst hat zur Prüfung der Wirkung zunächst Versuche mit Kaninchen angestellt, die nicht nur von einer künstlich hervorgerufenen Bleivergiftung heilte, sondern so widerstandsfähig dagegen gemacht werden konnten, daß sie eine erhebliche Menge von metallischem Blei ohne Schaden verschluckten. Die genauere Untersuchung der Tiere erwies, daß sie die Fähigkeit erworben hatten, das aufgenommene Blei wieder abzugeben. Erst jetzt wurde die Anwendung auch auf die menschliche Praxis übertragen. In einer großen Fabrik, in der Blei verarbeitet wurde, wurde jeder verdächtige Fall in Behandlung genommen, und auch hier gelang stets die Fortschaffung des aufgenommenen Bleis aus dem Körper durch elektrolytische Bäder. Es hat sich als zweckmäßig erwiesen, zwei Bäder zu verabfolgen, eins für die Füße und ein andres für die Hände und Arme oder auch für andre Körperteile.

**L. Mundchen in Soltau.** In Nr. 252 der „Böhme-Zeitung“, amlichs Kreisblatt für den Kreis Soltau, lacht der Herausgeber dieser Zeitung, L. Mundchen, wieder einmal „einen jungen Mann mit genigender Schulbildung, der Lust und Talent hat, zum Maschinenlehrer sich auszubilden“. Damit beweist dieser Herr, der schon längst aus dem Berzeichnisse faristfreier Druckereien gestrichen ist, aufs neue, daß er nicht das geringste Verständnis für eine gewerbliche Ordnung besitzt. Ihm ist es nur darum zu tun, junge Leute „auszubilden“ und diesen dann, wenn sie in seinem Interesse genig geliebt haben, den Stuhl vor die Tür zu setzen, um das gleiche Spiel mit einem andern jungen Manne zu beginnen. Dafür rührt aber der Herr Mundchen in seinem amlichs Kreisblatt um so eifriger die Werbetrommel für den Sungsdeutschlandbund, für nationales Leben, Wohlfahrt des Handwerks usw.; in seinem eignen Saufe vermeidet er aber streng alles, was danach aussehen könnte, als ob ihm gewerbliche Ordnung und verständiges Zusammenarbeiten zwischen Arbeitern und Unternehmern im Buchdruckgewerbe am Herzen läge.

**Defektiv und Bleidieb.** In Berlin wurde kürzlich in einer Schriftgießerei ein Arbeiter durch einen Defektiv, der sich drei Tage lang in einer Papierkiste verborgen gehalten hatte, beim Bleidiebstahl auf frischer Tat erfaßt. Der Defektiv sah aus seinem Versteck, daß der diebische Angestellte neun Kilogramm schwere Platten vor Beginn der eigentlichen Arbeitszeit unter einem Kleiderpind in seinem Arbeitsraume versteckte. Abends brachte er die Platten dann, unter seinem Rocke mit einer Schnur befestigt, aus der Fabrik. Sein Weg führte ihn, wie die weiteren Beobachtungen ergaben, zu drei verschiedenen Produktenkellern. Am letzten Morgen sprang der Defektiv plötzlich aus der Kiste und faßte den Täter ab. Dieser legte ein umfaffendes Geständnis ab, so daß noch ein großer Teil des gestohlenen Gutes, es handelte sich insgesamt um etwa 900 Kilogramm, aufgefunden wurde. Der Dieb wurde verhaftet, während sich die Produktenhändler wegen gewerbsmäßiger Kehlerei zu verantworten haben werden.

**Druckereibrand.** In Duisburg-Ruhrort brach in der Buchdruckerei Jache ein Großfeuer aus, dem das Maschinenhaus und eine Stallung vollständig zum Opfer fielen; außerdem wurden das Kesselhaus und die Lagerräume stark in Mitleidenschaft gezogen.

**Konkurs.** Aber das Vermögen der Gesellschafter der „Laurahäuf-Siemianowitzer Zeitung“, und zwar des Ehepaars Schütz in Siemianowitz, wurde das Konkursverfahren eröffnet.

**Zeitungsverleger und Papierfabrikanten.** Der Verein Deutscher Zeitungsverleger beschäftigte sich kürzlich in einer besonderen Konferenz u. a. auch mit dem Beschlusse des Verbandes Deutscher Druckpapierfabrikanten, die Papierproduktion einzufrieren, um eine Steigerung der Papierpreise herbeizuführen. Einstimmig wurde die Haltung jenes Verbandes als volkswirtschaftsfeindlich und die Interessen der deutschen Zeitungsverleger aufs schwerste schädigend bezeichnet. Diesen Bestrebungen gegenüber, die darauf hingingen, in Zeiten niedergebender Konjunktur das Zeitungsgewerbe zu erschweren und den Konsum zu verfeuern, wurde beschlossen, die Papiereinkaufsstelle des Vereines Deutscher Zeitungsverleger energig zu fördern und soweit

(Fortsetzung in der Beilage.)

# Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Einzelnummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit älterem Erscheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 130 — Leipzig, den 8. November 1913

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatte.)

irgend möglich gegenwärtig Papierkäufe überhaupt nicht vorzunehmen, keinesfalls aber auch nur die geringste Preiserhöhung zu bewilligen, da die Marktlage dies in keiner Weise rechtfertigt. Der Vorstand wurde beauftragt, bei sämtlichen Zeitungsverlegern Deutschlands in der angegebenen Richtung ausfallend zu wirken.

**Mademische Unterrichtskurse für Arbeiter.** Wie seit mehreren Jahren, so werden in den meisten deutschen Universitätsstädten auch im kommenden Winterhalbjahre wieder Unterrichtskurse für Arbeiter, von Studenten oder Studentinnen geleitet, abgehalten werden und dieser Tage allenthalben ihren Anfang nehmen. Den Unterrichtsstoff bilden hauptsächlich Elementarfächer, wie Deutsch, Rechnen, Stenographie usw. Die Kurse bezwecken, dem Bildungstreben der Arbeiterklasse entgegenzukommen und sozial denken den Studierenden zu ermöglichen, ihre Fähigkeiten in den Dienst der Volksbildung zu stellen. Der Unterricht ist unentgeltlich, abgesehen von einer Gebühr für die Unkosten, die in der Regel 50 Pf. für einen Gesamtkursus nicht überschreitet. Näheres über Programme, Anmeldungen usw. ist aus den Tageszeitungen, Anschlägen an Plakatafäulen und aus Flugblättern zu erfahren.

**Gewerkschaftliche Erfolge.** Einen schlagenden Beweis für den Nutzen der gewerkschaftlichen Arbeit erbringt ein kürzlich veröffentlichter Bericht des statistischen Amtes der Vereinigten Staaten, der die Veränderungen der Löhne und Arbeitszeit in einer Reihe von Industrien in der Periode 1907—1912 behandelt. Danach wurden, wie die Statistiker bemerken, durch die Arbeit der Gewerkschaften, in 40 Gewerben in 39 der wichtigsten Industriezweige die Löhne erhöht, die Arbeitszeit verkürzt. Besonders auffällig sind die von den Bäckern erzielten Erfolge: für die ersten Gehilfen beträgt die Lohnerhöhung im Durchschnitt 22 Proz., für die zweiten Gehilfen 26,6 Proz., für dritte Gehilfen 40,7 Proz.; die Arbeitszeit wurde um 17,7, 6,6 bzw. 10,1 Proz. verkürzt. Ein Vergleich der Durchschnittslöhne am 15. Mai 1907 und am 18. Mai 1912 ergibt folgende Aufbesserungen: Buchdruckerhilfsarbeiter 22,6 Proz., Drucker 21 Proz., Zementarbeiter 17,5 Proz., Zementhilfsarbeiter 16,2 Proz., Maler 12,6 Proz., Klempner 12,9 Proz., Infaskaleure 13,1 Proz., deren Hilfsarbeiter 15,1 Proz., Schmelze 16,5 Proz., Kesselschmelze 16,5 Proz., Buchbinder 16,8 Proz., Formner 12,8 Proz., Schriftgießer 14,8 Proz., Zimmerer 11,1 Proz., Bauhilfsarbeiter 17,5 Proz., Eisenkonstruktionsarbeiter 11,1 Proz., Maschinenisten 9,8 Proz., Maurer 5,5 Proz. usw.

**Konsumvereine, Frauen und Mittelstand.** Jetzt sollen auch die Frauen den Mittelstand vom Ubel der Konsumvereine befreien. In einer Mittelstandsversammlung in Köln unterhielt man sich über „die Bedeutung der Frau im Kampfe gegen die Feinde des Mittelstandes“. Was man da zu hören bekam, war nicht gerade neu. Die Frau müßte dem Mann in jeder Lebenslage tatkräftig zur Seite stehen. Es gebe Betriebe, wo die Frau unentbehrlich sei, wie Schlächtereien, Bäckereien, Restaurationen. Nicht des Mannes sei es, die Frau immer mehr für die Bestrebungen und Ziele des Mittelstandes zu interessieren, sie an den Versammlungen teilnehmen und Zeitungen lesen zu lassen. Der Frau müsse ans Herz gelegt werden, daß sie bei Einkäufen nur den Mittelstand zu berücksichtigen habe. Sie solle nicht ihren Bedarf in Warenbüchern oder Konsumvereinen decken. Der Redner hat sich offenbar ausschließlich an die Frauen der Detailslisten und sonstigen Gewerbetreibenden gewendet, was nur in der Ordnung ist. Die Frauen, deren Männer nicht gerade Detailslisten sind, würden für die mittelständlichen Offenbarungen auch das denkbar ungeeignete Publikum sein. Ist nicht gerade Gedankenlosigkeit im Spiele, so wird die Frau in 95 von 100 Fällen den Sinn der Konsumistenorganisation bald erfaßt haben, und keine „Warnung“ allzu beteiligter Mittelständler wird den gewünschten Erfolg erzielen. Um dieses Resultat zu erzielen, sind unreife Kräfte stets ernstlich bemüht. Man sehe sich nur einmal folgende Leistung an: In der gleichen Versammlung in Köln kurrierte ein Redner am kranken Mittelstande mit einem Vortrag über das Thema herum: „Was muß der Mittelstand tun, um seine bedrohte Existenz zu wahren?“ Dieser gute Mann ist nicht für die sanften Mittel. „Die Konsumvereine müssen ausgetrotzelt werden“, so verkündet dieser Wunderdoktor sein Rezept. So ist's recht, diese deutliche Sprache werden unreife Frauen verstehen; sie bekommen auf diese Weise Anregung, über allerlei Einrichtungen im Kleinhandel nachzudenken. Nur soll sich dann nicht der „bedrängte Mittelstand“ über das wundern, was er angerichtet hat.

**Lebensmittelpreise und christliche Gewerkschaften.** In dem Aufrufe des Ausschusses der sogenannten christlich-nationalen Arbeiter zur Veranlassung eines dritten „Deutschen Arbeiterkongresses“ werden u. a. auch im Sinne was auf die „anhaltende Steigerung der Lebensmittelpreise“ recht grobe Worte gemacht. Es heißt da: „Damit erwidert für die breiten Massen der Bevölkerung die Gefahr, in ihrem Kulturaufstiege zurückgedrängt zu werden. Das kann und darf nicht sein. Es müssen Erleichterungen geschaffen und weitere Erhöhungen unter allen Umständen verhindert werden, soll nicht mit den Konsumisten

unre einheimische Volkswirtschaft in Bedrängnis geraten.“ Naive Menschenkinder mußten aus solchen Worten herauslesen, es bestehe die Pflicht, durch den Kongreß eine Sanktion gegen den agrarischen Zollwucher beschließen zu lassen. Die sozialdemokratische und die freigewerkschaftliche Arbeiterpresse verwies indessen sogleich auf die bisherige Haltung der Hauptmacher dieses Kongresses in den Fragen des Zollwuchers; sie betonte, daß von Leuten und Körperlichkeiten mit solcher Verzagenheit schlechterdings nichts Gutes zu erwarten sei. Zum Überflus ist das nun auch durch den Mund eines der Hauptmacher der „Christlich-Nationalen“ ausdrücklich bestätigt worden. Der Vorsitzende des den Kongreß vorbereitenden Ausschusses, Franz Behrens, hielt nämlich auf der kürzlich stattgehabten Generalversammlung des christlichen Gärtnerverbandes einen Vortrag über das Thema: „Arbeitnehmer und gärtnerische Schutzollfrage“, und er ließ hierzu eine Resolution beschließen, in der es u. a. heißt: „Die zweite Generalversammlung des Deutschen Gärtnerverbandes schließt sich der Forderung der gärtnerischen Arbeitgeber auf besseren und ausreichenden Schutz der gärtnerischen Erzeugnisse gegen die ausländische Konkurrenz bei dem neuen Abschluß der Handelsverträge an.“ Hier also das ganz offene Bekenntnis nicht bloß gegen „Erleichterungen“, sondern sogar für „weitere Erhöhungen“, die nach dem Kongreßauftrag „unter allen Umständen verhindert werden müssen“. Allerdings: von den besüßworteten Gärtnerzöllen wird die Arbeiterklasse ja nicht betroffen. So behauptet wenigstens Herr Franz Behrens, und so hat er diese eine Resolution begründen lassen, denn sie fährt fort: (schleht sich der Forderung der gärtnerischen Arbeitgeber ... an), „um so mehr, als es sich im wesentlichen um Erzeugnisse handelt, die entweder von den minderbemittelten Volkskreisen nicht verbraucht werden, oder die von der deutschen Gärtnerei in ausreichendem Maß ohne dauernde Verkeuerung erzeugt werden können.“ Für den christlichen Gärtnerverband handelt es sich in dieser schutzollbesüßwortenden Resolution in erster und letzter Linie doch nur darum, dafür das Lob und das Wohlwollen der Herren Unternehmer einzunehmen, was um so notwendiger ist, als die Unternehmer in den letzten Jahren dem christlichen Verbande wiederholt bedeutet haben, daß es ihnen, den Arbeitgebern, ganz gleichgültig sei, „ob rot oder christlich-national“, wenn in Lohnfragen und dergleichen beide doch „auf eins hinauswollen“. Die Behauptung aber, es handle sich bei den Gärtnerzöllen „im wesentlichen um Erzeugnisse, die von den minderbemittelten Volkskreisen nicht verbraucht werden“, ist so wahrheitswidrig, daß sie einer besonderen Wiederlegung gar nicht erst bedürftig. Man braucht bloß darauf hinzuweisen, daß das Zollprogramm der Gärtnerunternehmer hohe Zölle für frisches Obst und frisches Gemüse fast aller Art fordert. Wenn man etwa die Blumen nicht zu den Erzeugnissen rechnet, die von den minderbemittelten Volkskreisen verbraucht werden, so mag das einen Schein für sich haben. Warum aber, so muß man fragen, sollen sich nicht auch Arbeiter den „Luxus“ erlauben dürfen, sich gelegentlich Blumen zu kaufen, bei Familienfesten sich damit zu beschenken, den Sarg und das Grab lieber verflorieren damit zu schmücken? Das gehört zwar nicht mehr zum unmittelbaren materiellen Lebensunterhalte. Soll die Kultur der unteren, der minderbemittelten Volksklassen sich denn aber in dem rein Materiellen erschöpfen? Aus der Faltung des den christlich-nationalen Kongreß mit vorbereitenden Ausschussvorsitzenden Franz Behrens auf dem Verbandstage der christlichen Gärtner kann man schon einen ziemlich sicheren Schluß ziehen, wie das „mannhafte Wort“ des Kongresses lauten wird, das dieser hinsichtlich des Zollwuchers aussprechen dürfte.

**Terrorismus der Ärzte.** Den vom 1. Januar 1914 ab in Breslau amtierenden Ärzten, die, ohne die Forderungen des Leipziger Ärzteverbandes erfüllt zu haben, mit den Krankenkassen Frieden geschlossen, wird nunmehr eiserner Terror und gesellschaftliche Achtung angekündigt. In der „Schleischen Zeitung“, die sich zum Sprachrohr der Ärzte gemacht hat, heißt es in einem Aufsatze, der die neuen Ärzte diskreditieren soll: „Es kommt aber weiter hinzu, daß sie selbstverständlich von den einheimischen Ärzten außerhalb allen kollegialen Verkehrs werden getrennt werden; daß dieser Abbau der Standesbeziehungen nicht allein von den praktischen Ärzten, sondern auch von den Leitern und Ärzten der königlichen Kliniken, der städtischen und andern Anstalten, der Polikliniken usw. ausgesprochen und daß auch die Teilnahme an wissenschaftlichen Sitzungen, klinischen Veranstaltungen u. a. ihnen verweigert werden wird. Daraus folgt, daß auch gemeinsame Beratungen ihrer Kranken unter Zuziehung unserer ärztlichen Autoritäten ihnen nicht bewilligt werden dürfen und sie demnach in der Ausübung ihres ärztlichen Berufs zum Nachteil ihrer Patienten in mannigfacher Weise beschränkt sind. Wie weit ferner die von ihnen überwiesenen Kranken in einer Anzahl von Krankenhäusern entweder überhaupt nicht oder nur unter erschwerten Bedingungen Aufnahme finden werden, läßt sich zurzeit noch nicht beurteilen.“ Es wird also der rückwärtslose Terror angekündigt, nicht nur gegen die Ärzte, sondern auch gegen die von ihnen behandelten, gänzlich unbeteiligten Kranken. Angekündigt in

dem freihonorsartigen Scharfmacherblatte, das das ganze Jahr hindurch wie belesen nach Schuß der Arbeitswilligen und Befragung des Terrors schreit! Daß sich Krankenhäuser und königliche Kliniken in den Dienst dieses Terrors stellen, wird hier für ganz selbstverständlich und berechtigt gehalten, sozuzagen als Pflicht der staatlichen und städtischen Behörden betrachtet.

**Staatliche Arbeiterversicherung in Australien.** Die australische Regierung beauftragte ihr statistisches Amt, ihr einen Bericht über die Sozialversicherung des Auslandes sowie Vorschläge für die Einführung einer staatlichen Mutterchafts-, Kranken-, Sterbe-, Witwen-, Waisen-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung zu unterbreiten. Sie beabsichtigt die Einführung dieser Unternehmenseinrichtungen nach dem in England angewandten Systeme, d. h. die schon vorhandenen freiwilligen Organisationen, welche diese Unternehmenseinrichtungen pflegen, sollen die Hauptträger der staatlichen Versicherung werden.

## Verstorbene Eingänge.

„Technische Mitteilungen.“ Herausgegeben von der Zentralkommission der Maschinenbauer Deutschlands, Nr. 110. Inhalt: Allerlei Kleinigkeiten. — Typographisches Allerlei. — Monotypfehler. — Umschau. — Mufflofenlaß auf der Linotype. — Fragekasten.

„Archiv für Buchgewerbe.“ Sondernummer über die Geschichte des illustrierten Buches. Einzelpreis 2,50 Mk. „Typographische Rundschau.“ Monatschrift zur Wieberegung von Druckmaschinen aus Buchdruckereien, Schriftgießereien, Fachvereinen usw. Oktoberheft 1913. Herausgeber und Drucker Jos. Wienands in Bonn a. Rh. Der Abonnementpreis beträgt pro Vierteljahr ohne Bestellgeld 75 Pf. Einzelpreis 30 Pf.

## Gestorben.

In Leipzig am 26. Oktober der Drucker Emil Stirn aus Baalsdorf, 68 Jahre alt — Urterienverhärtung; an demselben Tage der Drucker Paul Wähler aus Eisleben, 31 Jahre alt — Unfall.

In Mainz am 31. Oktober der Seher Julius Limbach von dort, 53 Jahre alt.

In Mühlheim a. Rh. am 29. Oktober der Seherimpalige Ludwig Götter von dort, 42 Jahre alt. In Seichen am 21. Oktober der Maschinenbauer Emil Drtil, 40 Jahre alt.

In Wien am 21. Oktober der Seher J. Kalkenecker, 58 Jahre alt; am 26. Oktober der Drucker Josef Leander, 29 Jahre alt.

In Joffen am 26. Oktober der Seher Emanuel Ruf aus Bischofszell, 49 Jahre alt.

## Briefkasten.

E. S. in Stendal: Bericht erforderte Strafpunkte. — G. S. in Graudenz: Die Anleitungsbezugnis stand Ihnen nur nach altem Rechte zu, und zwar bis zum 1. Oktober d. J. Um die Bezugnis nach neuem Rechte zu erhalten, müssen Sie die Meisterprüfung ablegen. — G. K. in St.: Dankend erhalten; der Gutenbergsund hat ja das Geld dazu, die Beiträge sind doch um 25 Pf. erhöht. Wo soll denn der schöne Mammon bleiben? Da werden eben die Druckereien mit Broschüren bzw. Pamphleten überschwemmt. — W. M. in Dr.: 1. Es fehlt ein Ausweis über Ihre Mitgliedschaft. 2. Wir würden Ihnen raten, den in nächster Nummer enthaltenen Artikel des Herrn Oberingenieur Rohse erst zur Kenntnis zu nehmen und uns dann mitzuteilen, ob Sie Ihren Artikel in der vorliegenden Form aufrecht halten.

## Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II.  
Fernsprecher: Amt Sturfski, Nr. 191.

## Adressenveränderungen.

Allenstein. Kassierer: Erich Preuß, Karlstraße 7 III.  
Wittenberg. (Bezirk.) Infolge Ablebens des Bezirksvorsitzenden sind alle Sendungen an den Kollegen Richard Koch, Lindenstraße 32 II, zu richten.

## Zur Aufnahme gemeldet

(Eingewandten innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):  
In Bielefeld der Seher 1. Rudolf Bodmühl, geb. in Barmen 1890, ausgel. das.; 2. Rudolf Lüdtgermann, geb. in Lage i. L. 1895, ausgel. das.; waren noch nicht Mitglieder; 3. Wilhelm Wirth, geb. in Lippstadt 1893, ausgel. das.; war schon Mitglied. — Walter Leub, Rohlfeldstraße 67 I.

In Bochum der Seher Joseph Tyws, geb. in Zirke 1895, ausgel. in Wanne 1912; war schon Mitglied. — In Eickel der Schweizerdegen Albert Bistorf, geb. in Lempe 1894, ausgel. das. 1912; war schon Mitglied. — In Wanne der Seher Max Gruchitski, geb. in Löttau 1889, ausgel. in Wanne 1907; war schon Mitglied. — G. Friedemann in Bochum, Wiemelshauer Straße 42.

